

Welt Trends

— Zeitschrift für internationale Politik —

Russische Moderne

Die Putin-Medwedjew-Rochade
Putin's Mission in the Russian Thermidor
Russland heute – Ein Gespräch
China und Russland im Vergleich
Sibiriens Widersprüche

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

WeltBlick

Interview mit Irans Botschafter
Foreign Policy in Debate
Lehren aus Ottawa
Kinderarbeit Global
Venezuela: Eine alternative Entwicklung?

Bücher & Tagungen

Editorial

Der russische Kunstmarkt boomt. Gekauft wird alles: Realisten und Abstrakte; Folklore und Avantgarde; Originale und Fälschungen. Immerhin soll Moskau, das Dubai des Ostens, 34 Milliarden beheimaten; bei den Millionären soll die Zahl bei 30.000 liegen. „Russische Moderne“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Auch wenn der Titel dieses Heftes es nahelegt, WeltTrends mutiert nicht zu einer Zeitschrift für Kunsthandel. Modernisierung, die politische, wirtschaftliche und soziale, im flächenmäßig größten Land der Erde ist der Schwerpunkt dieses Heftes: Putins Rolle im „russischen Thermidor“, der Vergleich mit China, die widersprüchliche Situation im so reichen und zugleich so armen Sibirien bis hin zur jüngsten politischen Putin-Medwedjew-Rochade. Diskutiert wird die paradoxe Situation des heutigen Russlands, die die Modernisierung mit sich bringt. Russland ist kapitalistisch, aber deshalb ist es nicht sozial gerecht oder gar demokratisch? Die Geschichte des Kapitalismus – wenn man sie nicht auf die letzten 50 Jahre reduziert – ist weniger mit demokratischen, sondern eher mit autoritären Formen verbunden gewesen. Und „das Soziale“ dabei bedurfte und bedarf bis heute erheblicher Anstrengungen. Wir beobachten heute eine Renaissance des Autoritären. Nicht nur in Russland, Zentralasien oder in den Golfstaaten, auch in Europa, und nicht nur im östlichen, finden wir deutliche Anzeichen für die Wiederkehr des Autoritären. Insofern ist die „russische Moderne“ doch schon wieder ziemlich normal für die heutige Zeit und wir sollten sie mit der gebotenen Mischung aus Analyse und Empathie diskutieren – ohne Belehrungen, eher im Sinne einer „Modernisierungspartnerschaft“, zu der auch ein offener Dialog über Werte gehört.

Soll man auch beim jüngsten Vorschlag, einen „Nationalen Sicherheitsrat“ zu kreieren, gelassen bleiben? Proteste gab es von allen Seiten, selbst vom Koalitionspartner. Inwieweit Deutschland eine Militärmacht ist, wird seit geraumer Zeit in den WeltTrends diskutiert, kontrovers und engagiert. Auch dieses Heft setzt die Debatte dazu fort. Nach Politikern aller Parteien kommen nun zwei Stimmen aus der Friedens- und Konfliktforschung zu Wort. Sicherlich werden hier keine schweren Geschütze gegen die NSR-Idee aufgeföhren, aber zur Debatte stellen wollen wir ihn auf jeden Fall.

Potsdam, im Mai 2008

Dr. Raimund Krämer
Chefredakteur



r.kraemer@welttrends.de

Inhalt

1 Editorial

4 WeltBlick

- 5 Foreign Policy in the US Presidential Election Campaign
Radosław Fiedler
- 9 Neues Friedensmodell „Ottawa“
Peter Lock
- 15 Kinderarbeit global
Raina Zimmering
- 21 Venezuela: Eine alternative Entwicklung?
Raul Zelik
- 27 Iran ist Teil der Lösung
Ein Interview mit Irans Botschafter Akhoundzadeh Basti



36 Zwischenruf – von Attila Kiraly

40 Thema – Russische Moderne

- 41 Die Putin-Medwedjew-Rochade
Johannes Heisig
- 53 Putin's Mission in the Russian Thermidor
Alec Rasizade
- 61 Holprige Wege in die Moderne – Russland und China
Irina Dorogavtseva und Dmitri Trubitsyn
- 75 Sibirien: Vom Armenhaus zum gelobten Land?
Sergej V. Birukov
- 85 Wandel, Wechsel und Widersprüche
Russland heute – Ein Gespräch mit Petra Stykow
- 94 Geografie der Ungleichheit
Statistik von Kai Kleinwächter
- 96 **Blattgold:** Schalke, vorwärts zum Sieg!





Streitplatz – Militärmacht Deutschland?

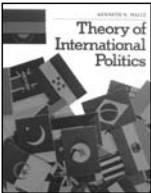
98

Wille zur Militärmacht **99**
Christoph Marischka

„Wenn geboten, auch bewaffnet“ **105**
Reinhard Mutz

Sinnkrise der NATO? **115**
Wolfgang Gehrcke

Porträt – Herbert Blankenhorn: Adenauers Adlatus im AA

Siegfried Schwarz
119


Bücher und Tagungen

122

Auf dem Weg nach Berlin **123**
Bücher zur deutschen Außenpolitik

Wiedergelesen: Kenneth Waltz **130**
Rezensionen **133**

Annotationen **145**

Neuerscheinungen **148**

Konferenzen **151**

Briefe an die Redaktion **157**

Impressum **143**

Gastkommentar – Zeit für neue „Flintenreden“?

Wolfram Wallraf
158

Wort und Strich

160

Holprige Wege in die Moderne

China und Russland

Irina Dorogavtseva und Dmitri Trubitsyn

Russland, China, Transformation, politisches System

Gegen Ende des Kalten Krieges vollzogen sich sowohl in Russland als auch in China bedeutende gesellschaftliche Veränderungen. Zwei russische Wissenschaftler nähern sich dem Thema aus vergleichender Perspektive. Denn während sich in China nach der Kulturrevolution pragmatische Reformer durchsetzten, hatten in Russland Anti-Modernisierungsbewegungen regen Zulauf. Das chinesische Modell einer kontrollierten Marktöffnung bei Erhalt des Ein-Parteien-Systems wird daher für Russland abgelehnt.

Sind die politischen Erfahrungen Chinas und Südostasiens für die Analyse der politischen Reformen in Russland ab 1990 von Bedeutung? Entgegen der landläufigen Meinung russischer Modernisierungstheoretiker vertreten wir die Position, dass gerade die seit 1978 unter strengem Vorbehalt des Einparteiensystems durchgeführte Modernisierung Chinas kein Vorbild für Russland sein kann. Es gibt Belege dafür, dass die Erfahrungen Chinas sowie anderer ost- und südostasiatischer bzw. lateinamerikanischer Staaten, die ihre Marktreformenten unter streng diktatorischen Regimen durchgeführt hatten, im Russland der späten 1980er und Anfang der 1990er Jahre unannehmbar waren. Der sogenannte „chinesische Weg“, d. h. ökonomische Reformen „von oben“ her durchzuführen, kann eher als Mythos bezeichnet werden, der vom staatsorientierten gesellschaftlichen Denken Russlands konsequent gestützt wird.

Basierend auf der klassischen Modernisierungstheorie, die wirtschaftliches Wachstum für Demokratisierung voraussetzt, vergleichen wir in unserer Analyse die sozioökonomische und -politische Situation in Russland und China Ende der 1980er bis Anfang 1990er Jahre.

Modernisierung als radikale gesellschaftliche Transformation

Modernisierung als Transformation einer Agrar- in eine Industriegesellschaft besteht nicht nur aus einem Komplex von



Dr. Irina Dorogavtseva,
geb. 1980, Dozentin an
der Universität in Tschita,
Transbaikalien, Russland.
irinadorogawzewa@
mail.ru

Reformen, sondern beinhaltet eine wichtige revolutionäre Komponente. Die politische Transformation der Gesellschaft führt im Laufe ihrer Modernisierung zur Entwicklung demokratischer Strukturen, zu einer bürgerlichen Gesellschaft und zu einem Rechtsstaat. Eine der wichtigsten Charakteristika dieses Prozesses ist die Konflikthaftigkeit, die aus zwei Perspektiven betrachtet werden kann.

Der erste Aspekt besteht darin, dass die politische Transformation inklusive ihrer Revolutionen und Bürgerkriege einen äußerst schmerzhaften und konfliktreichen Prozess darstellt. In der Geschichte der Staaten, die diesen Prozess erleben oder erlebt haben, kann diese Etappe als „Zeitalter der politischen Modernisierung“ bezeichnet werden. In England war es von der Englischen Revolution bis zur „Glorreichen Revolution“ 1688 in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Fall. In den Niederlanden endete dieser Prozess in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts mit dem Sieg im Kampf für die Unabhängigkeit von der spanischen Krone. Lang war das Zeitalter politischer Transformation für Frankreich: von der Französischen Revolution bis zur endgültigen Einführung der Republik nach der vernichtenden Niederlage der Pariser Kommune 1870. Die politische Transformation in Japan dauerte auch fast 100 Jahre, von der Meiji-Revolution 1868 durch eine lange militaristische Epoche bis zu ihrer Zerschlagung 1945. Von 1848 bis 1945 vollzog sich die Transformation des politischen Systems in einer Reihe von europäischen Staaten, vor allem in Italien, Deutschland und Österreich. Hier nehmen Faschismus und Nationalsozialismus den Platz des Militarismus ein. Die Periode der intensivsten und radikalsten politischen Modernisierung der sogenannten „asiatischen Riesen“ – die Epoche des „Erwachen Asiens“ – beginnt Anfang des 20. Jahrhunderts mit Revolutionen im Iran, in der Türkei, in Indien, Russland und China und ist bis heute nicht abgeschlossen. Weder in Russland noch in China kann heutzutage von einem demokratischen politischen System gesprochen werden.

Während des Modernisierungsprozesses entstehen neue qualitative Veränderungen im Rahmen des modernen politischen Systems. So endet das politische Leben Frankreichs nicht mit der Entstehung der Dritten Republik, sondern es bildet sich eine Vierte und eine Fünfte Republik sowie der Gaullismus heraus, eine Erscheinung, die trotz aller Kollisionen das etablierte politische System Frankreichs nicht infrage stellen konnte.



Dr. Dmitri Trubitsyn,
geb. 1972, Dozent
an der Universität in
Tschita, Transbaikalien,
Russland.
trubitsin@zabspu.ru

Die Geschichte Europas beweist: Eine schnelle und konfliktlose Durchführung der politischen Modernisierung ist nicht machbar. Die Gründung der bürgerlichen Gesellschaft und des Rechtsstaates, der Demokratie und des Parlamentarismus wurde im Westen von der Antike an durch Tyrannen und strengen Diktaturen unterbrochen. Diese Diskontinuität lässt sich am Beispiel mehrerer Staaten verfolgen. Werden die Zyklen als Verlaufsformen innerhalb eines linearen Prozesses klassifiziert, führt das zur Annahme, dass sich nicht nur die europäische, sondern die ganze Weltgeschichte in Richtung demokratische politische Formen entwickelt.

Der zweite Aspekt besteht darin, dass die politische Transformation an sich schmerzhaft ist, weil sie mit einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Umgestaltung verbunden ist. Die soziale Bedeutung der bürgerlichen Revolution im Laufe der politischen Modernisierung besteht in der Beseitigung einer „untätigen“ Klasse, die in der Traditionsgesellschaft außerökonomisch herrscht. Im Westen war es die Klasse der feudalen Grundbesitzer, im Osten der bürokratische Beamtenapparat. Ihre Funktionen werden vom liberalen Staat übernommen. Jedoch sind nicht alle sozialen Schichten der Traditionsgesellschaft an sozialen Änderungen interessiert. Für die Beamtenkaste bedeutet es den Verlust von Privilegien und Pfründen. Gleichzeitig stellt der Apparat das einzige Instrument für die Durchführung der Reformen dar. So entsteht ein Teufelskreis, dessen einziger Ausweg in einem revolutionären Konflikt besteht. In dem Maß, wie die bürgerlichen Revolutionen für die westlichen Länder im Laufe ihrer Modernisierung unvermeidlich waren, sind sie es auch für die Länder des Ostens. Während im Westen mit dem absolutistischen Staat und dem feudalen Adelsstand zwei Mächte beseitigt werden mussten, steht im Osten der einheitliche staatlich-feudale bürokratische Beamtenapparat der Modernisierung entgegen, denn die feudale Klasse ist in östlichen Ländern nicht ausgeprägt.

Die Gleichsetzung von verschiedenen Zeitabschnitten ist hier gerechtfertigt. Im heutigen Russland gibt es definitiv weder einen Bauernstand noch einen feudalen Bürokratieapparat, der sich der Modernisierung widersetzen könnte. Der bedeutende Teil der Stadtbevölkerung zeigt eine stetige Tendenz zur Marginalisierung. Die ehemaligen Kolchosbauern bleiben aufgrund von Gleichheits- und Paternalismusillusionen noch fester

miteinander verbunden als die Bauern im vorrevolutionären Russland. Es gibt einen Beamtenapparat, der alle oben genannten Züge des klassischen orientalischen Staatsapparats aufweist. Nur indem man den konfliktreichen, revolutionären Charakter der Modernisierung in Betracht zieht, kann das Hauptproblem der politischen Erneuerung erläutert werden: die Frage nach der demokratischen Regierungsform im Prozess der Modernisierung.

Spätsowjetische Gesellschaft als Voraussetzung für Modernisierung

Die sowjetische Parteिनomenklatura stimmte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre keinen Reformen zu, die ihre Ausnahmestellung in der damaligen Gesellschaft untergraben konnte. Das verursachte den revolutionären Charakter der politischen Modernisierung. Michail Gorbatschow brachte die Losung „Mehr Demokratie“ erst dann vor, als er damit konfrontiert wurde, dass der Parteiapparat offen die Reformen ablehnte. „Ein bisschen Demokratie“ kann es nicht geben, darum führte die Losung absolut gesetzmäßig zum Zerfall des totalitären Systems. Im Grunde genommen war es eine Revolution. Die so genannten „unteren Volksschichten“ hatten, im Gegenteil zu den „Spitzen“, keine ausgeprägte Bereitschaft dazu gezeigt, sich von der Nomenklaturleitung zu befreien und schienen auch nicht imstande zu sein, auf diese zu verzichten. Darum waren Chaos und Selbstorganisation das Ergebnis statt einer zielgerichteten Reformierung.

Das Jahr 1991 ist in dieser Hinsicht besonders kennzeichnend. Die demokratische Bewegung des Landes war von der Abschaffung des sechsten Artikels der letzten sowjetischen Verfassung und von der Auflösung der KPdSU begeistert. Aber erst viel später wurde klar, dass nicht nur ein Verfassungsartikel, sondern die Behörden und ihre Vertikalen im wahrsten Sinne des Wortes außer Kraft gesetzt worden waren. Die Macht, unabhängig von der Einschätzung ihrer Qualität, gehörte in der UdSSR der KPdSU und ihren Machtvertikalen, vom Politbüro bis zu den regionalen Gebiets- und Rayonkomitees. Darum war es in diesem Moment für die Demokraten im Prinzip unmöglich, irgendeinen klaren Kurs zu verfolgen, sei es die chinesische oder eine andere Richtung. Das Einzige, worauf sie hoffen

konnten, war die Selbstorganisation der Gesellschaft. Diese ging aber den Weg des „wilden“ kriminellen Kapitalismus, was viele für unvermeidlich hielten. Von diesem Standpunkt aus wird klar, dass die von den Demokraten durchgeführte Politik der sogenannten „Chicagoer Schule“ und der „Schocktherapie“ nicht so sehr sinnvoll als vielmehr notwendig war.

Umgestaltung des Parteiapparates in China

Der Unterschied zwischen Russland und China in der entstandenen Lage ist Folgender: In der Volksrepublik China fand 1976-1978 keine Revolution statt, sondern die Umgestaltung der Kräfte im Parteiapparat. Infolgedessen kamen pragmatische Reformer an die Macht. Diese Reorganisation war kein Zufall, sondern das katastrophale Ergebnis der Politik des „Großen Sprungs“ und der Kulturrevolution. Diese Wende hatte ökonomische Gründe; denn es war dringend notwendig geworden, ökonomische Maßnahmen zu ergreifen. Die kommunistische Macht, unabhängig davon, welche Gruppierung in Wirklichkeit „am Steuer“ stand, blieb unantastbar.

Die Situation in der UdSSR zur Zeit der Perestroika war prinzipiell anders, obwohl auch diese einen ökonomischen Hintergrund hatte. Michail Gorbatschow begann die Reformen ausschließlich aus ökonomischen Gründen. Andere Argumente blieben damals nur leere Worthülsen für das Politbüro, das eine scharfe Krise erlebte. Die ökonomischen Motive der sozialistischen Umgestaltung der UdSSR waren trotzdem nicht so offensichtlich wie in China. In der UdSSR waren die Folgen des „sozialistischen Aufbaus“ nicht so katastrophal. Außerdem standen Bodenschätze zur Verfügung, die China nicht besitzt. Darum hat die demokratische Revolution in der UdSSR den ökonomischen Kollaps etwas überholt, genauso wie die politischen Prozesse in östlichen Ländern oft die ökonomischen überholen. Daraus folgten Anarchie und die Unmöglichkeit, Reformen planmäßig durchzuführen.

Darüber hinaus begriff man in der russischen Gesellschaft erst viel später die Möglichkeit, „irgendeinen“ Kurs der Markt-reformen nach einem liberalen oder neoliberalen Muster zu verfolgen. Damals konnte nicht von wirklichen Kenntnissen des Marktes und der Marktwirtschaft gesprochen werden; es waren vorwiegend unklare, nebulöse Vorstellungen. Die sogenannte

„Wahl des Weges“ ist kaum wohlbedacht getroffen, sondern wurde in einem politischen Kampf entschieden, den erst der revolutionäre Sturz der Macht ermöglichte.

Sozioökonomische Bedingungen der Reformen

Neben den politischen Gründen dafür, dass die chinesische Variante der Modernisierung (die ökonomischen Reformen „von oben“ ohne Demokratisierung) in Russland undurchführbar war, können auch ökonomische Argumente genannt werden, die u. a. auch Z. Brzezinski in seinem Werk außer Acht lässt.¹ Seiner Meinung nach, war eine „Perestroika Ligatschows“² unmöglich, weil die politische Schwäche des Sozialismus sichtbar wurde; deshalb war der Zerfall des UdSSR unvermeidlich.³ Das ist unstrittig, der Verfasser zieht aber in diesem Fall nur die politischen Tatsachen in Betracht, wohingegen in erster Linie die ökonomischen Realitäten betrachtet werden sollten. Es ist nötig, um das Wesen der Perestroika zu begreifen sowie deren Ursachen und Folgen zu verstehen. Warum war der Zerfall der sozialökonomischen und politischen Systeme des Sozialismus und die darauf basierende geopolitische Realität ihr einzig mögliches Ergebnis? Der Irrtum von Brzezinski ist methodologischer Natur: Er versteht den „Kommunismus“ vor allem als politisches System.

Sowohl in China als auch in der UdSSR kann die ökonomische Haltlosigkeit des Sozialismus als Hauptgrund für die Krise des politischen Systems angesehen werden. In China aber begrenzte der Mangel an Ressourcen eine extensive Entwicklung des Sozialismus. Dadurch haben die ökonomischen Krisenerscheinungen die politischen überholt. In der UdSSR haben gerade die Naturressourcen die Bedingungen dafür geschaffen, dass der politische Zusammenbruch des Sozialismus dem ökonomischen voranging. Doch unabhängig vom Tempo und der Korrelation der politischen und ökonomischen Prozesse in verschiedenen Ländern wurden alle sozialen Bereiche ohne Ausnahme im Laufe der Modernisierung umgewandelt, vor

1 Brzezinski Z. (1989): Das gescheiterte Experiment: der Untergang des kommunistischen Systems, Wien, Uebereuter; Brzezinski Z. (1989): Grand Failure: The Birth and Death of Communism in the Twentieth Century, New York, Liberty Publishing House.

2 E. Ligatschow befürwortete genau solch einen Weg der Reformen, „von oben“, wobei die UdSSR natürlich bestehen bleiben sollte.

3 Ebd., S. 52 –53.

allem die Sphäre der Wirtschaft. Die ökonomische Transformation der UdSSR sollte eine äußerst schmerzhaft wirkende und mehrere Nebenwirkungen ausübende, weil sich das sozialökonomische System des Sozialismus hier verankert und am tiefsten in das gesellschaftliche Bewusstsein eingegraben hatte. Darum sollte gerade die Transformation der sowjetischen Gesellschaft „tief greifend“ sein, weil der Sozialismus der UdSSR im Vergleich mit China „tief gehend“ war. Das sozialistische System der UdSSR konnte ökonomisch bedingt entweder völlig zerfallen oder wie zuvor in Kraft bleiben.

Bei der ausschließlichen Betrachtung des historischen Aspekts des Zerfalls der UdSSR scheint diese Feststellung der Priorität der ökonomischen und politischen Faktoren in den Transformationsprozessen nicht so bedeutend zu sein. Das gibt uns aber die Möglichkeit, auf die heutigen Probleme der ökonomischen Entwicklung Russlands und Chinas zu kommen. Die Entwicklungsprozesse in beiden Ländern sind prinzipiell verschiedenartig, weil die chinesische Gesellschaft keine so radikale soziale, ökonomische, politische und geistige Transformation erlebt hat. Warum war der „chinesische Weg“ für die UdSSR auf der ökonomischen Ebene unmöglich? Die Antwort auf diese Frage besteht darin, dass China trotz der vorangehenden kommunistischen Politik noch ein für die Marktreflexionen notwendiges „Menschenkapital“ hatte, während es in der späten UdSSR und im reformierten Russland schon keines mehr gab. Dementsprechend schreiben mehrere Autoren sogar über die „niedrige Qualität der Bevölkerung“⁴. Der moderne chinesische *Homo Economicus* gleicht eher nicht einem an staatliche Betreuung orientierten und von den Ideen des Egalitarismus stark beeinflussten sowjetischen Bürger, sondern einem hartnäckigen und strebsamen orientalischen Arbeiter.

China nach Mao Zedong

In der Zeit der Systemkrise des sowjetischen Sozialismus (Ende der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre), deren Resultat eine politische Transformation war (das System der „kollektiven

4 Abalkin, L.I. (1993): Na pereputje (Rasmyslenija o sudbach Rossii), Moskva: Institut Ekonomiki RAN, 1993, S. 4-9; Abalkin, L.I. (1992): K celi cerez krizis: spustja god..., Moskva: Luč, S. 12, 213-222. Siehe auch: Diskin, I.E. (1997): Ekonomičeskaja transformacija i socialnyj kapital. Problemy prognozirovanija. Moskva, № 1, S. 10-21; Jakovlev, A. A. (2003): O nesostojavšejsja modernizazii i socialnoj baze reform v Rossii, Voprosi statistiki, Moskva, № 4, S. 36 – 38.

Verwaltung“ statt des Autoritarismus, die Milderung des Regimes), wurde der Übergang zu liberaleren Reformen möglich. Hätte die sowjetische Regierung nach dem Tod Stalins wirklich eine Liberalisierung der Wirtschaft durchgeführt, wäre sie erfolgreich gewesen, denn damals gab es in der Sowjetunion noch Menschen, die sich bereit und fähig zeigten, nicht auf „sozialistische Weise“ zu wirtschaften. Die Mentalität und die kulturellen Einstellungen, die den Charakter, das Tempo und die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen, entstehen doch nicht an und für sich, sondern sie bilden sich in der gesellschaftlichen Praxis heraus. Die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen können eine viel wichtigere Rolle spielen als die Gesamtheit der politischen Umstände.

Zu einer der Bedingungen der Reformdurchführung in China wurde das für „Pragmatiker“ vorteilhafte und für „Orthodoxe“ nachteilige politische Kräfteverhältnis. Unter all den Ereignissen war der Tod Mao Zedongs im September 1976 zweifellos von besonderer Bedeutung, vergleichbar mit dem Tod Stalins im März 1953, dem ein politischer Kampf und das „Tauwetter“ in der UdSSR folgten. Der treffende Ausdruck „Mäusegerangel“ als Bezeichnung der politischen Sphäre demonstriert uns die gesamthistorische Bedeutung dieser Prozesse. Die chinesischen „Orthodoxen“ konnten 1976 bis 1978 nicht die Oberhand behalten, weil die weitere Verfolgung ihres Kurses der extensiven sozialistischen Modernisierung im Prinzip unmöglich war. Die Folgen des „Großen Sprunges“ und der Kulturrevolution waren so katastrophal für das Land, vor allem für dessen Wirtschaft und Ressourcen, dass der Machtantritt der „Pragmatiker“ mit Deng Xiaoping an der Spitze und der Beginn der liberalen Reformen zum einzig möglichen Ausweg aus der ökonomischen Sackgasse wurden.

Die UdSSR nach Stalin

Dem Tod des sowjetischen Diktators konnte hingegen keine wirkliche Liberalisierung folgen, sondern nur das sogenannte „Tauwetter“, weil alles andere damals kaum als eine Notwendigkeit angesehen wurde. Der „Aufbau des Sozialismus“ in der UdSSR hatte gewiss keine so katastrophalen Folgen wie in China, auch der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg hat das Regime konsolidiert. Die zur Verfügung stehenden Naturressourcen

ermöglichten wie früher eine extensive Entwicklung. Das äußerte sich z. B. in der Erschließung von Neu- und Brachland. Deshalb fehlten im sowjetischen politischen Kampf der 1950er Jahre die „Pragmatiker“, denn es gab nur „Idealisten“. Im Großen und Ganzen war es kein politischer Kampf, sondern wirklich ein „Mäusegerangel“, der Kampf um die Macht als solche und nicht für das Recht, einen politischen Kurs zu steuern, der ein konkretes sozialökonomisches Programm und eine Ideologie gehabt hätte. Die „Pragmatiker“ tauchten erst dann auf, wenn die Gesellschaft vor solch einem Problem steht wie die Kongruenz von Ressourcen und Bedürfnissen. In diesem Fall verschwinden auch die „Idealisten“: Es gibt keine ökonomischen Bedingungen (beinahe unbeschränkter Gebrauch von Naturressourcen), um ihre Entwürfe der „idealen Gesellschaft“ zu verwirklichen.

In der UdSSR war also Modernisierung in jener Zeit nicht notwendig. Die Periode der „Pseudo-Modernisierung“ dauerte in China nur halb so lange wie in unserem Land. Die Folgen werden in der heutigen wirtschaftlichen Dynamik beider Länder sichtbar.

Innere kontra äußere Herausforderung

Warum wird dann die Modernisierung gegen Anfang der 1980er Jahre notwendig? Was hat den gesetzmäßigen Prozess der Modernisierung im 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts verursacht? Wie kann die heutige Situation charakterisiert werden? Gibt es zurzeit eine innere Notwendigkeit der Modernisierung?

Die Modernisierung im Russland des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts war zweifelsohne ein gesetzmäßiger und systemimmanenter Prozess. Die Krise der damaligen Produktionsweise, verbunden mit der agrarischen Überbevölkerung im Zentrum des Landes entwickelte sich „von unten“ und bildete somit eine „innere Herausforderung“. Die Oktoberereignisse 1917 haben diesen natürlichen Prozess der sowjetischen Geschichte für Jahrzehnte unterbrochen. Dies wurde ausschließlich dank dem Vorhandensein der Ressourcen für eine extensive Entwicklung möglich. Die Gegenmodernisierung bedeutete in der Tat das Ersetzen der inneren Herausforderung durch eine äußere. Daraus entstanden die Konfrontation mit der ganzen freien Welt, die Zunahme der Feindbilder und eine Militarisierung der Gesellschaft. Auf die Frage nach den

sozialen Mechanismen dieser Wendung kann auf das Streben der „Outsider“ der Modernisierung hingewiesen werden, Transformation auf kapitalistischem Wege zu vermeiden, worin sich der natürliche Widerstand der Gesellschaft gegen die Änderung ihrer Formen äußert.

Der politische Mechanismus scheint auch offensichtlich zu sein: Die Konfrontation mit der Außenwelt ermöglicht einer marginalen Partei die Verstärkung ihrer Stellung im Staat. Die Modernisierung Russlands wurde Mitte der 1980er Jahre wieder aufgenommen und verlief bis 1999 besonders dynamisch. Diese Periode umfasst die Auflösung der im Oktober 1917 wieder belebten Despotie und der kollektivistischen Gesellschaft, die Demokratisierung der politischen Sphäre, die Liberalisierung der Wirtschaft, die Deideologisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins. Vom Ende der 1990er Jahre an wird aber allmählich die Tendenz zur Gegenmodernisierung sichtbar.

Modernisierung und Gegenmodernisierung

Wie schon erwähnt, bildete nicht die „Herausforderung der Westens“, sondern die ökonomische Notwendigkeit den Grund der Modernisierung. Interessant ist die Tatsache, dass die „Herausforderung des Westens“ an sich, ohne innere Voraussetzungen, im Osten meistens nur die Gegenmodernisierung verursacht hat. Bei einer äußeren Herausforderung passt sich die Gesellschaft eher neuen Bedürfnissen an, statt ihre innere Struktur zu verändern. Die Notwendigkeit der Transformation wird erst von einer inneren Herausforderung hervorgeufen. So entsprechen z. B. die Bedingungen des zur Verfügung stehenden Territoriums nicht den wachsenden Bedürfnissen, obwohl das rasante Wachstum der Bedürfnisse auch von äußerlichen Faktoren bedingt wird.

Als Beispiel sei der Rüstungswettlauf zwischen der UdSSR und den USA genannt. Kernwaffen- und Weltraumprogramme, Rüstungstechnologien forderten eine reale Intensivierung der Gesellschaft-Natur-Beziehungen in der UdSSR. Deshalb wurden die weitere Konfrontation mit den USA und der sozialistische Kurs unvereinbar. Was steht hinter den Losungen „Neues Denken“ und „Perestroika“ der sowjetischen Außen- und Innenpolitik am Ende der 1980er Jahre? Das Streben, diese Unvereinbarkeit zu beseitigen, d. h. die Konfrontation mit den USA

abzubrechen und den Sozialismus in der UdSSR zu reformieren. Offensichtlich war die Herausforderung der 1980er Jahre für Russland eine äußere Erscheinung, durch die politischen Anforderungen verursacht, die für die sowjetische Wirtschaft zu hoch waren. So haben die Rüstungsausgaben in der UdSSR ein Drittel des Bruttoinlandproduktes ausgemacht, in den USA nur sechs Prozent.⁵

Wenn es eine innere Herausforderung war, dann war deren Einfluss auf die Bestimmung der Richtung des Modernisierungsprozesses äußerst gering. Darum wird in der russischen Gesellschaft eine Tendenz zur Gegenmodernisierung sichtbar, sobald das System von Bedürfnissen und Möglichkeiten ins relative Gleichgewicht kommt. E. Jassin, der den ökonomischen Mechanismus dieser Tendenz analysiert, weist auf die auffällige allgemeine Tendenz zur Senkung des Wachstumstempes in der Wirtschaft Russlands in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 hin.⁶

Der einzige Grund dieser Gegenmodernisierung besteht im Vorhandensein der beinahe unlimitierten Naturressourcen und die auf deren Förderung, Verarbeitung und Verkauf beruhenden Existenz der Gesellschaft, die eine weitere extensive Entwicklung ermöglichen. Dies äußerte sich einerseits im wachsenden Druck auf die Großseigentümer, der sich im Kampf gegen die sogenannten „Oligarchen“ entlud. Andererseits führte es zu einer Vermehrung sozialer Programme ohne ernsten ökonomischen Hintergrund und zur Bewahrung eines breiten staatlichen Sektors in der Wirtschaft. Das verursachte unserer Meinung nach den letzten ökonomischen Rückgang und das Phänomen der „russischen Arbeitslosigkeit“: Arbeitslosigkeit trotz Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und das Vorhandensein der „verborgenen“ Arbeitslosigkeit in Form der Teilbeschäftigung, des Mangels an qualifizierter Arbeit bei vorhandenem Überschuss an Arbeitskräften in russischen Betrieben.⁷

Für eine Gesellschaft ist es in der Regel viel leichter, sich äußeren Bedingungen anzupassen, als sich innerlich zu

5 Zaslavskaja, T.I. (2004): *Sovremennoje rossijskoe obščestvo: problemy i perspektivy*, Obščestvennye nauki i sovremennost, Moskva, № 5, S. 5-15. Siehe auch: Seljunin, V. S./Chanin, G. I. (1999): *Lukavije ziffry*, Novosibirsk.

6 Jasin, E. (2005): *Neft, tempy i inflazija*, Voprosy ekonomiki, Moskva, № 9, S. 6, 20.

7 Moskovskaja, A. (1998): *Izbytočnaja zanjatost na promyšlennych predprijatijach: pro et contra*, Voprosy ekonomiki, Moskva, № 1, S. 59-72, Kabalina, V./Ryžikova, Z. (1998): *Nepolnaja zanjatost v Rossii*, Voprosy ekonomiki, Moskva, № 2, S. 131-143.

transformieren. Heute ist es vor dem Hintergrund der objektiven Versuche offensichtlich, eine neue „bequeme“ Ideologie auszuarbeiten, ein Feindbild zu formen und reale Konfrontation mit dem Westen zu intensivieren. Ja es geht nicht einmal um eine neue Ideologie, sondern um eine Korrektur der alten, eine Art Synthese von slawophilen und kommunistischen Ideen. Man kann sogar von der Tendenz zu einer mechanischen Mobilmachung der Gesellschaft mit Hilfe primitiven kollektivistischen Losungen sprechen.

Fazit

Der wesentliche Unterschied zwischen dem modernen China und Russland ist klar: Die weitere extensive Entwicklung ist in Russland – im Gegensatz zu China – durch die nahezu uneingeschränkte Ausnutzung von Naturressourcen möglich. Darum wird hier eher die auf dem kulturellen Determinismus beruhende und eine Tendenz zur etatistischen und egalitaristischen Wende zeigende Ideologie des „eigenen Weges“ im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Diese Verankerung wird eine objektiv existierende Wendung zur Gegenmodernisierung widerspiegeln. Vielleicht führt es auch zu einer „flauen“ Modernisierung, zu deren „Favoriten“ nicht die Urbevölkerung Russlands wird, sondern die ethnischen und konfessionellen Minderheiten und Diasporas sowie die sogenannten „Gastarbeiter“, darunter auch chinesische. Solange die Bevölkerung Russlands von der Verteilung der Dividenden aus dem Ressourcenverkauf mittels des staatlichen ökonomischen Sektors, durch soziale Privilegien, Beihilfen usw. profitiert und auf Kosten der extensiven Ausnutzung der Ressourcen existiert, bleibt das Land seinem Wesen nach vorindustriell. Also wird es in diesem Fall zu einem „Outsider“ der Modernisierung.

In China ist solch eine Wende hingegen unmöglich, was mit dem Mangel an Ressourcen und der Notwendigkeit einer ökonomischen Intensivierung verbunden ist. Es ist zu vermuten, dass die Tendenz zur kapitalistischen Modernisierung hier steigen wird, unabhängig von ihrer kulturellen und ideologischen Form und sogar von dem politischen Regime oder davon, wie die herrschende Partei heißt. Die chinesische Gesellschaft modernisiert sich erfolgreich auf kapitalistischem Wege. Die russische dagegen erhält ihre Dividenden aus dem Ressourcenverkauf,

verteilt sie zwischen ihren Gruppen im „politischen Kampf“ von mehreren marginalen Parteien und einer Beamtenpartei und begründet dieses vorindustrielle Verhältnis zur Natur mit verschiedenen Theorien des „eigenen Weges“. Auf solche Weise hört die Gesellschaft auf, das Subjekt ihrer natürlichen Basis zu sein; sie hört auf, sich zu modernisieren, weil das Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung, die hier aufgrund der Methodologie des ökonomischen Determinismus erforscht wird, darin besteht, dass der Mensch sein Selbst verändert, indem er materielle und geistige Werte mittels der Umweltänderung produziert.

Zum Schluss sei hinzugefügt, dass es sich nicht um die Sphäre des Sozialen, sondern eher um die kulturelle Spezifik handelt, wenn die Frage über den „chinesischen Weg“ und die Möglichkeit seiner Verwendung in der Modernisierung Russlands diskutiert werden. Das China der späten 1970er und der 1980er Jahre war pragmatisch genug, das Rad nicht neu zu erfinden; es wurde nach moralischen, geistigen, ideologischen Wegen gesucht, aber nicht nach sozialökonomischen. China entschied sich für den Weg des Marktes, den man gewöhnlich als „westlich“ bezeichnet: Charakteristisch sind u.a. auch die ökonomische Selbstständigkeit der Gesellschaft, die relative Nichteinmischung des Staates in die Beziehungen von Kapital und Arbeit.

Vermutlich gibt die durchgeführte Analyse eine Möglichkeit, die aktuelle Lage Russlands objektiver einzuschätzen und die weiteren Entwicklungstendenzen des Staates zu prognostizieren. In der heutigen russischen Gesellschaft ist eine Tendenz zur Gegenmodernisierung auch auf politischer Ebene sichtbar. Darin besteht die Aktualität des in diesem Beitrag analysierten Problems. Indem große Teile der Sozialwissenschaftler und politischen Denker Russlands für den sogenannten „chinesischen Weg“ plädieren, tragen sie zur Ausarbeitung der theoretischen und ideologischen Grundlagen des Autoritarismus bei.



Weiterlesen:

J. Franke: Russlands Staat und Gesellschaft zwischen Wandel und Erstarrung, *WeltTrends* 38

